

FDP-Fraktion im Kreistag Unna

Rede des Fraktionsvorsitzenden Michael Klostermann am 12.12.2017 zum Haushalt 2018

Es gilt das gesprochene Wort

Herr Landrat Makiolla,

meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen,

verehrte Zuhörer,

eine gewachsene Tradition bei Haushaltsreden der vergangenen Jahre war – quer durch alle Fraktionen – dass die schlechten Rahmenbedingungen und die daraus resultierende schwierige Haushaltslage für den Kreis Unna kritisiert und bedauert wurden.

Eine weitere Tradition – zumindest in der Rede des FDP-Fraktionsvorsitzenden – ist ein kurzer politischer Rückblick auf das vergangene Jahr.

Die erste Tradition kann ich heute erstmals brechen, indem ich mich über die positive Entwicklung der Kreisfinanzen freue. Der sonst bemängelte fehlende politische Handlungsspielraum zum Gestalten ist erstmals seit meinem Eintritt in die Kreispolitik vorhanden.

An der zweiten Tradition möchte ich allerdings weiterhin festhalten. Somit darf mein politischer Rückblick auf das Geschehen im Kreis in meiner Haushaltsrede nicht fehlen.

Und dieser Rückblick zeigt ganz klar: Das verheerende Chaos, was sich sonst üblicherweise in den Finanzen aufbaut, hat sich bereits zu Beginn des Jahres in die politische Arbeit der Politik der Großen Koalition übertragen.

Mit der sogenannten Stiftungsaffäre hat sich Anfang des Jahres gezeigt, welche Auswirkungen die Machtbesessenheit einzelner Personen und Fraktionen haben kann.

Nur um ihre eigenen politischen Interessen durchzusetzen, wird verhindert, dass dem Kreis Unna eine millionenschwere Stiftung zu Teil wird, mit der wesentliche Teile der Kulturarbeit des Kreises hätten für Jahrzehnte gesichert werden können.

Durch das Verhalten der sogenannten Gestaltungsmehrheit wurde ein privater Stifter verprellt. Das Stiftungskapital ist unwiederbringlich verloren, weil die beiden verantwortlichen Fraktionsvorsitzenden aus CDU und SPD den von den Stiftern benannten Vertreter im Stiftungsrat nicht akzeptieren wollten.

Stattdessen nahm man wissentlich in Kauf, dass die Stifter ihr Angebot zurückziehen könnten, was dann auch geschah.

Der materielle Schaden für den Kreis Unna ist in diesem Zusammenhang genau zu beziffern, der Image-Schaden für den Kreis Unna sowohl für Politik und Gesellschaft ist es hingegen nicht.

Aus liberaler Sicht ist die Stiftungsaffäre der CDU und SPD der größte Polit-Skandal, den es hier im Kreis Unna jemals gegeben hat, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Und dieser Skandal ist für die betroffenen Fraktionen ohne Konsequenzen geblieben. Keinerlei Verantwortungsübernahme durch die handelnden Personen, lediglich Versuche, Schuldzuweisungen an die Verwaltung zu geben, nicht richtig informiert zu haben.

Das ist nicht das Verständnis, das wir Liberale von der politischen Arbeit der selbsternannten Gestaltungsmehrheit erwarten. Hier wird nicht gestaltet, hier wird lediglich ausgesessen,

das aber konsequent und vor allem auch kontinuierlich über das gesamte Jahr verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer.

Nach dem Motto: Wenn wir nichts tun, können wir auch keine Fehler machen, konzentrierte sich die politische Arbeit der großen Koalition weitgehend darauf, die Entwicklungen der Landespolitik zu kommentieren. So kam es dann zu resolutionsartigen Anträgen und Arbeitsaufträgen an die Verwaltung, die zum Teil noch von anderen Fraktionen unterstützt bzw. sogar initiiert worden sind.

Nachdem zwischenzeitlich die örtliche Presse ausführlich über die fehlende Gestaltung der Gestaltungskalition berichtet hatte, steht den Verantwortlichen in der CDU und SPD scheinbar das politische Wasser bis zum Hals.

Anders lässt es sich nicht erklären, dass dieser Kreistag 5 Tage vor der Sitzung mit zahlreichen, sogenannten Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen von SPD und CDU zugeworfen wird. Allesamt Themen, die nichts mit dem Haushalt zu tun haben und grundsätzlich erst einmal in den Fachausschüssen beraten und vorentschieden werden sollten.

Diese Handlungsweise zeigt nicht nur die völlige Planlosigkeit von CDU und SPD sondern stellt vielmehr eine Missachtung der Arbeit der Ausschüsse und deren Mitglieder dar.

Und dabei machen wir Liberalen nicht mit, verehrte Damen und Herren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich nunmehr wieder zurückkommen zum Kreishaushalt.

Der Kreisdirektor schwärmte in seiner Einbringungsrede zum Haushalt förmlich davon, dass es den Kreisfinanzen aktuell so gut ginge, wie schon lange nicht mehr.

Diese Freude teilt die FDP-Fraktion gerne. Wir freuen uns, dass der Aufschwung auch im Kreis Unna angekommen ist. Auch die Senkung der Landschaftsverbandsumlage nehmen wir gerne an, auch wenn uns die Gesamtumstände, die dazu geführt haben nach wie vor suspekt bleiben. Die allgemeinen günstigen Rahmenbedingungen führen dazu, dass wir in der heutigen Kreistagssitzung nicht nur eine Senkung des Hebesatzes der Kreisumlage beschließen können sondern auch eine Senkung der realen Zahllast für unsere Städte und Gemeinden.

Um es bereits vorweg zu nehmen: Die FDP-Fraktion wird den Haushalt in der vorgelegten Form mittragen. Wir unterstützen die Forderung, dass die zu bildende Ausgleichsrücklage den Städten und Gemeinden in vollem Umfang zu Gute kommt. Wir schließen uns in diesem Zusammenhang aber auch der Auffassung des Kreisdirektors an, die Ausgleichsrücklage auf drei Jahre verteilt einzusetzen.

Wir hatten auch darüber diskutiert, ob es nicht ordnungspolitisch sinnvoller sei, die Ausgleichsrücklage vollständig oder in größeren Beträgen umlagesenkend einzusetzen.

Die Tatsache, dass die Städte und Gemeinden dieses Vorgehen aber weder fordern noch unterstützen, macht aus unserer Sicht ein Vorgehen, wie es Herr Stalz für die Freien Wähler beantragt hat überflüssig. Das zusätzliche „Weihnachtsgeschenk“ – wie Herr Stalz im Antrag formulierte, will keiner haben.

Verehrte Zuhörer,

während die FDP-Fraktion im Hinblick auf die Haushaltslage des Kreises Unna mit der Auffassung unseres Kreisdirektors konform geht, können wir das bei der Bewertung der Umsetzung der wirkungsorientierten Steuerung leider nicht.

Ungefähr zwei Jahre ist es her, dass sich der Kreistag für die Einführung des neuen Managementsystems der wirkungsorientierten Steuerung entschieden hat.

Und seither ist es aus Sicht der Liberalen nicht so voran gegangen, wie wir uns die Umsetzung gewünscht hätten.

Die Bestimmung der Ziele ist nicht vorangekommen, weil die große Koalition aus CDU und SPD nicht im Stande war, sich auf Ziele zu einigen, mit dem die Verwaltung verbindlich arbeiten kann.

Immer wieder wurde der Ball der Verantwortung von der Politik zur Verwaltung zurückgespielt, obwohl von Anfang an klargestellt wurde, dass die wesentlichen Entscheidungen von der Politik vorgegeben werden müssten.

Lediglich bei der Aufstellung des Kreisstraßenbauprogramms war die wirkungsorientierte Steuerung erfolgreich, da die Auffassungen aller politischen Fraktionen zu dieser Thematik nicht kontrovers gewesen sind. Deshalb war ein strukturiertes Vorgehen ohne Probleme möglich.

Bei den wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Themen war aber genau das nicht möglich, weil sich die Enden aufgrund einer unterschiedlichen Herangehensweise zwischen dem linken und bürgerlichen Lager eben nicht zusammenbinden ließen. Also einigte man sich zwischen CDU und SPD auf den kleinsten gemeinsamen Nenner und fasste die Zielsetzung so weich, dass eine Steuerung hieraus kaum möglich wird.

Dies ist zwar bedauerlich aber mit der Situation müssen sich aus liberaler Sicht alle Beteiligten abfinden. Es hilft nichts, die Augen darüber zu verschließen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Lieber Herr Dr. Wilk,

als Sie uns damals Ihre Pläne zur wirkungsorientierten Steuerung vorgestellt haben, da wollten Sie mit Ihrer Vision noch auf große Safari gehen.

Und was ist dank des planlosen Vorgehens der Gestaltungsmehrheit von CDU und SPD daraus geworden?

Sie durften am Sonntagnachmittag mal mit der Tante Gitte und dem Onkel Willi in den Zoo.

„Und wenn der kleine Thomas schön artig bleibt und nicht quengelt, dann bekommt er von den beiden vielleicht auch noch ein buntes Eis und ein Gummitier“.

Und das war´s dann mit der Safari, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich nunmehr noch kurz auf die Anträge der FDP-Fraktion zum Haushalt, der wirkungsorientierten Steuerung und zum Stellenplan eingehen.

Schon gute Tradition ist mittlerweile der Antrag der FDP-Fraktion zu den Mitteln für die allgemeine Kulturförderung. An diesem kommen Sie auch in diesem Jahr nicht vorbei, verehrte Zuhörer.

Anders als in den Vorjahren, möchten wir die Beträge aber nicht einsparen, sondern im gleichen Budget anders verwenden.

Wir halten es für erforderlich, dass im Vorfeld der Wiedereröffnung des Ausstellungsstandortes Cappenberg eine Konzeption für Marketing und Werbung erstellt wird. Hierzu möchte die FDP die Mittel aus der allgemeinen Kulturförderung verwenden.

Bis zur Wiedereröffnung des Standortes Cappenberg und der planmäßigen Nutzung sollte der Landrat in Verhandlungen eintreten, die veranschlagten Mietzahlungen weiterhin zu mindern.

Auch dieser Antrag ist nicht neu sondern wurde in ähnlicher Weise bereits durch die FDP im letzten Jahr in den Haushalt eingebracht. Damals wurde er allerdings mehrheitlich abgelehnt. Umso verwunderter reagierten die Liberalen allerdings darauf, dass dann im Laufe des Jahres 2017 bekannt wurde, dass die Mietzahlungen dann doch verwaltungsseitig verhandelt wurden.

Ein weiterer Antrag der Liberalen befasst sich mit den Stellen des Aktionsprogramms KOMM-AN. Hier möchten wir eine Weiterführung des Projektes über den ursprünglichen Auslauf Ende 2017 hinaus, weil uns eine verbindliche Zusicherung aus der Landesregierung vorliegt, dass die Landesförderung auch über das Jahr 2017 hinaus erfolgen wird.

Im Gegensatz zu einigen anderen von Ihnen vertrauen wir Liberalen auf das zugesicherte Wort aus der Landesregierung und unterbreiten Ihnen deshalb den Vorschlag, das Projekt zu überbrücken und die Stellen zunächst bis zur Verabschiedung des Landeshaushalts formal im Kreishaushalt fortzuschreiben.

Ein weiterer Antrag befasst sich mit den 3 Stellen der wirkungsorientierten Steuerung im Jobcenter, um dem Ziel der Halbierung der Jugendarbeitslosigkeit bis zum Jahr 2017 ein Stück näher zu kommen. Wir betrachten diese Maßnahme als Investition in die Zukunft. Die Erfolge sollten sich rechnen und zukünftige Haushalte von geringeren Sozialaufwendungen profitieren lassen.

Diese Stellen möchten wir zunächst auf 5 Jahre befristen. Nachdem die Schaffung der Stellen bereits zwischenzeitlich von der Verwaltung in der Änderungsliste berücksichtigt wurde, bleibt nur noch über die entsprechende Befristung der Maßnahmen zu entscheiden. Im Gegensatz zur CDU/SPD halten wir die Befristung von drei Jahren für zu kurz, um nachhaltige Erfolge zu sehen, deshalb schlagen wir Ihnen eine Befristung von 5 Jahren vor.

Das Thema Digitalisierung ist natürlich ein Thema der FDP. Auch im Kreis Unna möchten wir hier voran gehen und schlagen Ihnen vor, zusammen mit den Städten und Gemeinden das Projekt „Kommunal wird Digital“ zu starten. Hierbei sollte auch geprüft werden, ob im Rahmen dieses Programms die neu zu schaffende Stelle für das E-Government finanziert werden kann. Die Koordination sollte

grundsätzlich im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit angestrebt werden.

Abschließend bleibt noch der Antrag der FDP-Fraktion, sich mit dem Thema Sozianticket bzw. Erweiterung der Konzeption durch das geplante Azubi-Ticket zu beschäftigen.

Unser Ziel ist es, dass wir den Kreis Unna fit machen, umgehend das Azubi-Ticket einführen zu können sobald die Rahmenbedingungen von der Landesregierung bekannt sind.

Hierzu haben wir einen haushaltsrelevanten Ansatz gefunden, für Planungen hinsichtlich einer möglichen Einführung einen Betrag von 10.000,-- Euro in den Haushalt einzustellen.

Die Verwaltung hat uns zwischenzeitlich mitgeteilt, dass beim Kreis Unna keinerlei Planungskosten entstünden, da die Planung und damit auch die Kostenlast anderen Stellen obliegt.

Vor diesem Hintergrund hat der Landrat entschieden, unseren Antrag nicht unter dem Punkt Haushalt sondern ihn zusammen mit dem Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der CDU und SPD beraten zu lassen.

Damit können wir leben, wenn hierdurch das positive Votum des Kreistags für die Einführung des Azubi-Tickets gegeben wird.

Zum Schluss möchte ich es nicht versäumen, mich bei Ihnen allen zu bedanken.

Danke an den Landrat, an den Kreisdirektor, an die Dezernenten und an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung für ihre engagierte und kooperative Arbeit.

Danke an meine eigene Fraktion, an die anderen Fraktionen und Gruppe für die interessanten, konstruktiven Gespräche und für die Zusammenarbeit im zurückliegenden Jahr.

Und letztlich wie immer mein Dank an alle, denen noch nicht gedankt wurde, denen aber Dank gebührt.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien und Freunden ein schönes Weihnachtsfest und für das Jahr 2018 nur das Beste.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.